

**Absender
AfD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0392/2021

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 01.07.2021**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der AfD-Fraktion vom 10.06.2021 (eingegangen am
11.06.2021): „Zanders-Planungsausschuss“**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 10.06.2021 (eingegangen am 11.06.2021) AfD-Fraktion, den folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Die Verwaltung prüft die Einrichtung eines Zanders-Planungsausschusses (ZPLA) gemäß § 57 Gemeindeordnung NRW. Dieser soll sich in enger Absprache mit der Projektgruppe Zanders Innenstadt ausschließlich mit Angelegenheiten der Vollkonversion des Zanders-Areals beschäftigen. Die Verwaltung macht gemäß Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach entsprechend der Stimmverteilung der Ratsfraktionen einen Vorschlag zur Größe und Besetzung des Ausschusses.
2. Alternativ prüft die Verwaltung die Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches des Ausschusses für den Stadthausneubau (ASHNB) durch Angelegenheiten der Vollkonversion des Zanders-Areals. Der ASHNB soll entsprechend umbenannt werden.“

Das Schreiben der AfD-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO).

Demnach wäre der Antrag ohne Aussprache zur Vorberatung an den zuständigen Ausschuss zu überweisen.

Hierauf kann aus Sicht der Verwaltung verzichtet werden. In der Vorlage Nr. 0395/2021 - Sachstandsbericht Projekt Zanders Innenstadt, die Bestandteil der Tagesordnung der Sitzung des Rates am 01.07.2021 ist, hat die Verwaltung dargestellt, dass die Einrichtung eines neuen Ausschusses in der Sitzung des Ältestenrates am 07.06.2021 – also vor der Antragstellung der AfD-Fraktion – erörtert wurde und dass die Verwaltung hierzu einen Vorschlag in den nächsten Sitzungsturnus einbringen werde. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich aus Sicht der Verwaltung der Antrag der AfD-Fraktion.